

Niederschrift Nummer RAT/11/010

| | |
|-------------------------|-------------------|
| Gremium | Sitzung am |
| Rat der Stadt Bergkamen | 19.08.2015 |

| | |
|--------------------------|----------------------|
| Sitzungsort | Sitzungsdauer |
| Ratssaal des Ratstraktes | 17:00 - 19:05 Uhr |

Anwesend:

Vorsitzender: Bürgermeister Roland Schäfer

Schriftführer: Thomas Hartl

| Teilnehmer | Funktion |
|------------|----------|
|------------|----------|

Bürgermeister

| | |
|---------------------|--------------|
| Herr Roland Schäfer | Vorsitzender |
|---------------------|--------------|

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

| | | |
|------------------------|-------------------|---------------------------------|
| Herr Julian Deuse | Stadtverordnete/r | |
| Frau Martina Eickhoff | Stadtverordnete/r | |
| Frau Sandra Hagen | Stadtverordnete/r | |
| Herr Dirk Haverkamp | Stadtverordnete/r | |
| Frau Mareike Jander | Stadtverordnete/r | |
| Herr Michael Jürgens | Stadtverordnete/r | |
| Herr Uwe Maier | Stadtverordnete/r | |
| Frau Brigitte Matiak | Stadtverordnete/r | |
| Frau Christina Pattke | Stadtverordnete/r | |
| Herr Christian Pollack | Stadtverordnete/r | |
| Herr Hartmut Ramin | Stadtverordnete/r | |
| Herr Dennis Riller | Stadtverordnete/r | |
| Herr Andre Rocholl | Stadtverordnete/r | bis TOP 3 öff. Teil / 18.50 Uhr |

| | |
|------------------------|-------------------|
| Herr Bernd Schäfer | Stadtverordnete/r |
| Herr Kay Schulte | Stadtverordnete/r |
| Herr Thomas Semmelmann | Stadtverordnete/r |
| Frau Susanne Turk | Stadtverordnete/r |
| Frau Manuela Veit | Stadtverordnete/r |
| Frau Undine Weirich | Stadtverordnete/r |
| Herr Volker Weirich | Stadtverordnete/r |
| Herr Rüdiger Weiß | Stadtverordnete/r |
| Frau Ulrike Weiß | Stadtverordnete/r |
| Frau Monika Wernau | Stadtverordnete/r |

Christlich Demokratische Union

| | |
|---------------------------|-------------------|
| Frau Rosemarie Degenhardt | Stadtverordnete/r |
| Herr Thomas Eder | Stadtverordnete/r |
| Frau Susanne Eisenhuth | Stadtverordnete/r |
| Herr Heinz-Werner Hake | Stadtverordnete/r |
| Herr Thomas Heinzl | Stadtverordnete/r |
| Frau Elke Middendorf | Stadtverordnete/r |
| Herr Gerd Miller | Stadtverordnete/r |
| Frau Martina Plath | Stadtverordnete/r |
| Herr Marco Morten Pufke | Stadtverordnete/r |
| Herr Martin Strunk | Stadtverordnete/r |
| Herr Stephan Wehmeier | Stadtverordnete/r |

Bündnis 90/Die Grünen

| | |
|---------------------------|-------------------|
| Herr Thomas Grziwotz | Stadtverordnete/r |
| Herr Harald Sparringa | Stadtverordnete/r |
| Herr Hans-Joachim Wehmann | Stadtverordnete/r |

BergAUF

| | |
|------------------------|-------------------|
| Herr Werner Engelhardt | Stadtverordnete/r |
| Frau Fatma Uyar | Stadtverordnete/r |

Freie Demokratische Partei

| | |
|--------------------------------|-------------------|
| Frau Angelika Lohmann-Begander | Stadtverordnete/r |
|--------------------------------|-------------------|

Entschuldigt fehlen

| | |
|----------------------|-------------------|
| Herr Knut Bommer | Stadtverordnete/r |
| Frau Elke Grziwotz | Stadtverordnete/r |
| Herr Dieter Mittmann | Stadtverordnete/r |
| Herr Uwe Reichelt | Stadtverordnete/r |

Von der Verwaltung nehmen teil

| | |
|-----------------------------------|----------------------------|
| Herr Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters | Erster Beigeordneter |
| Herr Holger Lachmann | Beigeordneter und Kämmerer |
| Frau Christine Busch | Beigeordnete |
| Herr Thomas Hartl | Stadtoberverwalter |

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Rat der Stadt Bergkamen ordnungs- und fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist. Er weist auf den § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergkamen hin, wonach in besonders dringenden Fällen von der üblichen Ladungsfrist abgewichen werden kann. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, da mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend ist.

Es wird folgende Tagesordnung beschlossen und verhandelt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

| | | |
|---|---|----------------|
| 1 | Aktuelle Entwicklung der Aufnahme von Flüchtlingen in Bergkamen | 11/0372 |
| 2 | Allgemeine Genehmigung von Auftragsvergaben für Notgeschäfte im Bereich Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen | 11/0373 |
| 3 | Einwohnerfragestunde | |
| 4 | Anfragen und Mitteilungen | |

Vor Eintritt in die Beratung der Tagesordnung weist der Vorsitzende auf die Bestimmungen der §§ 43 Abs. 2 und 31 GO NRW hin.

Es erklärt sich kein Mitglied für befangen.

Öffentlicher Teil:**Tagesordnungspunkt 1:****Aktuelle Entwicklung der Aufnahme von Flüchtlingen in Bergkamen****Vorlage: 11/0372**

Zu Beginn geht Bürgermeister Schäfer auf den enormen Anstieg von Flüchtlingen nach Deutschland mit der daraus verbundenen Zuweisungen nach Bergkamen ein. Seit Anfang August hat sich die Situation derart zugespitzt, dass eine dezentrale Unterbringung in Wohnungen wie bisher nicht mehr möglich ist. Daher musste nach Bewertung aller städtischen Liegenschaften die Turnhalle an der Lessingstraße in eine Unterkunft für Flüchtlinge umgewandelt werden. Zusätzliches städtisches Personal ist bereits jetzt erforderlich. Die heute vorgeschlagene Lösung ist aus Sicht der Verwaltung die bessere Entscheidung für die Bürgerschaft.

Beigeordnete Busch erläutert anhand von Folien, die der Niederschrift als Anlage beigefügt sind, die aktuelle Situation. Seit dem Jahr 2014 ist die Zahl der Zuweisungen stark angestiegen. Bereits im ersten Quartal des Jahres 2015 sind alle städtischen Liegenschaften bewertet worden, um notfalls kurzfristig Menschen unterbringen zu können. Erster geeigneter Standort ist nach dieser Bewertung die Turnhalle an der Lessingstraße. Hier können nach den Landesvorgaben 60 Menschen untergebracht werden. Zudem ist eine Versorgung durch das angrenzende DRK gewährleistet. Da die wöchentlichen Zuweisungen seit Anfang August so stark angestiegen sind, dass eine Unterbringung in angemietetem Wohnraum nicht mehr möglich war, musste diese Turnhalle zur Unterbringung benutzt werden. Dort sind derzeit 43 Flüchtlinge untergebracht. Vermutlich mit der nächsten Zuweisung ist die Kapazität dieser Turnhalle erschöpft. Zudem wurden weitere Zuweisungen im Wege der Amtshilfe von rund 150 Flüchtlingen angekündigt. Dies erfolgt mittlerweile nun auch für Kommunen in der Größe von 40.000 – 60.000 Einwohnern und wird nicht auf das Kontingent der normalen Zuweisungen angerechnet. Es erfolgt lediglich die Sachkostenerstattung durch das Land. Der personelle und organisatorische Mehraufwand bleibt bei der Kommune. Da die Zuweisungen im Wege der Amtshilfe innerhalb weniger Stunden erfolgen, müsste für diesen Fall eine der drei großen Turnhallen im Stadtgebiet umfunktioniert werden. Hier schildert Beigeordnete Busch die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Betten, des Sicherheitsdienstes und des Caterings.

Sollte im Stadtgebiet allerdings eine Zentrale Unterbringungseinrichtung (ZUE) des Landes eingerichtet werden können, erfolgen mit Inbetriebnahme der ZUE keine weiteren Zuweisungen mehr. Dies gilt auch für Zuweisungen im Wege der Amtshilfe.

Die Bezirksregierung hat, ohne dass die Stadt Bergkamen informiert war, Flächen der RAG im Stadtgebiet besichtigt, auf denen eine ZUE zur Aufnahme von 800 - 1000 Flüchtlingen betrieben werden sollen, besichtigt. Die Bewirtschaftung einer solchen Einrichtung erfolgt komplett durch das Land (Personal und Sachmittel). Sowohl ärztliche als auch pädagogische Betreuung ist dann sichergestellt. Diese Besichtigung sei nach Mitteilung der Bezirksregierung allerdings erfolglos verlaufen. Daher hat die Verwaltung selbst Standorte für eine ZUE überprüft. Da diese Überlegungen noch anstehen, hat die Bezirksregierung die Zuweisung im Wege der Amtshilfe derzeit ausgesetzt. Nach Betrachtung der Flächen im Stadtgebiet bleibt im Ergebnis eine Fläche auf dem Gelände von Grimberg 3/4 übrig. Die dort vorhandenen Gebäude müssten ertüchtigt werden. Zudem würden mobile Wohncontainer aufgestellt. Bis zum Bezug dieser Einrichtung würde allerdings ca. ein Jahr vergehen. So lange würde das Land eine Zeltstadt auf der Fläche des Wellenbad-Parkplatzes errichten. Sofern die Nutzung des Wellenbadparkplatzes in die nächste

Badesaison geht, könnte östlich des Wellenbades ein Behelfsparkplatz durch das Land geschaffen werden. Seitens der Geschäftsführung der GSW wurde hierzu bereits Zustimmung gegeben.

Abschließend erklärt Beigeordnete Busch, dass man nun am Scheideweg steht. Ohne eine ZUE ist mit mindestens monatlichen Zuweisungen von 60 Flüchtlingen sowie den rund 150 Flüchtlingen im Zuge der Amtshilfe zu rechnen. Dann müsste unverzüglich auf eine der drei großen Sporthallen, die für 150 Personen nutzbar wäre, sowie den Schacht III – 70 Personen – zugegriffen werden.

Bürgermeister Schäfer rechnet damit, dass es durch diese ZUE in den nächsten zweieinhalb Jahren zu keinen weiteren Zuweisungen mehr kommt. In dieser Zeit können die Flüchtlinge, die auch in Ferienwohnungen oder Gaststätten untergebracht sind, dezentrale Wohnungen beziehen. Ebenso kann die Turnhalle an der Lessingstraße wieder für den Schul- und Vereinssport genutzt werden. In diesem Zusammenhang verdeutlicht er die Auswirkungen auf den Schul- und Vereinssport, sollte es zu einer Zuweisung im Wege der Amtshilfe kommen. Daher schlägt die Verwaltung die bessere Alternative vor, für einen begrenzten Zeitraum den Wellenbad-Parkplatz zu nutzen, damit die ZUE auf dem RAG-Gelände aufgebaut werden kann. Die Verweildauer in einer ZUE beträgt zwischen drei Wochen und drei Monaten.

Für SPD-Fraktionsvorsitzenden Schäfer geht es in erster Linie um Menschen, denen geholfen werden muss. Er geht auf die neusten Prognosen zu den Flüchtlingszahlen ein und verdeutlicht die Auswirkungen auf Bergkamen. Nach kontroverser Diskussion in seiner Fraktion sieht die SPD in einer zentralen Einrichtung die beste Lösung. **Er fordert die Verwaltung auf in den Gesprächen mit der Bezirksregierung zu klären, dass bis zur Errichtung der ZUE keine Zuweisungen im Wege der Amtshilfe erfolgen. Außerdem ist die Nutzung des Wellenbad-Parkplatzes zeitlich zu begrenzen mit der entsprechenden Rückbauverpflichtung.** Abschließend appelliert er an den Bund und die EU, ein Flüchtlingskonzept zu entwickeln.

CDU-Fraktionsvorsitzender Heinzel lobt zunächst die Verwaltung, da die Fraktionen frühzeitig und jederzeit informiert worden sind. Er fragt sich, warum sich in der EU nur zwei Länder um die Flüchtlingsfrage kümmern. In NRW besteht ein dringender Bedarf an zentralen Einrichtungen. Für die CDU ist eine ZUE die beste Lösung. Seiner Fraktion ist die Belastung für den Ortsteil Weddinghofen bewusst. Trotzdem muss eine Stadt wie Bergkamen dies aushalten können. Er erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Vorschlag der Verwaltung und den Ergänzungen der SPD-Fraktion. Für die Menschen in Weddinghofen ist die zeitliche Abfolge darzustellen.

Über Erfahrungen mit Flüchtlingskindern aus seiner Jugendeinrichtung berichtet Bündnis 90/Die Grünen-Vorsitzender Wehmann. Er fordert einen Flüchtlingsgipfel. Seiner Meinung nach sind die Aufnahmekapazitäten in Deutschland noch nicht erschöpft. Ein Mitglied seiner Fraktion ist Leiter einer zentralen Flüchtlingseinheit des Landes. Das dort vorhandene Personal kann von der Stadt Bergkamen nicht zur Verfügung gestellt werden. Seine Fraktion wird daher der Vorlage zustimmen. Wichtig ist nun, dass die Bergkamener Bevölkerung entsprechend mitgenommen wird.

BergAUF-Fraktionsvorsitzender Engelhardt kann sich vielen Punkten seiner Vorredner anschließen. Für seine Fraktion ist allerdings eine dezentrale Unterbringung die beste Lösung. Obwohl Flüchtlingsverbände seit 2013 auf die Lage hingewiesen haben, hat der Bund nicht gehandelt. Der Bund hat die komplette Finanzierung zu übernehmen. Massenunterkünfte müssen vermieden werden, Zeltstädte sind abzulehnen. Den Wellenbad-Parkplatz hält er wegen möglicher Übergriffe für ungeeignet, das RAG-Gelände ist aus seiner Sicht nicht ausreichend befestigt sowie sind die alten Hallen unbrauchbar. Seine

Fraktion lehnt den Vorschlag der Verwaltung daher ab und appelliert stattdessen an die Bevölkerung, Flüchtlinge aufzunehmen.

FDP-Stadtverordnete Lohmann-Begander erklärt ihre Zustimmung zur ZUE als sinnvollste Lösung. Bergkamen ist gefordert, Solidarität zu zeigen.

Bürgermeister Schäfer erwidert zu den Äußerungen des BergAUF-Fraktionsvorsitzenden Engelhardt, dass es sich nicht um Zelte im eigentlichen Sinn handelt, sondern um klimatisierte und beheizte Leichtbauhallen. Eine Ablehnung des Beschlussvorschlags würde eine kurzfristige Zuweisung von rund 150 Flüchtlingen im Zuge der Amtshilfe bedeuten. Es müsste auf die Römerberg-Sporthalle zugegriffen werden. Da aufgrund der bundesweiten Flüchtlingsproblematik Betten schwierig zu beschaffen sind, müssten die Flüchtlinge zunächst auf Turnmatten schlafen. Ebenso ist man dann für die medizinische Versorgung zuständig.

Weiterhin berichtet er über das heutige Gespräch mit dem Innenminister sowie die zentralen Forderungen des Städte- und Gemeindebundes. Die von den Fraktionen geforderten Zusagen der Bezirksregierung wird er bei dem Gespräch am 25.08. vortragen. Sollte die Bezirksregierung diese Zusagen nicht treffen, wird er den Rat zu dem Thema nochmals einberufen. Ansonsten wird im Anschluss an die Gespräche zu einer Bürgerversammlung unter Beteiligung der Bezirksregierung und des Trägers der Einrichtung eingeladen. Abschließend dankt er im Namen aller Fraktionen den ehrenamtlichen Helfern im Stadtgebiet.

Vor der Abstimmung verweist Bürgermeister Schäfer nochmals auf die SPD-Forderungen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bergkamen stimmt der Planung der Landesregierung NRW zu, eine **Zentrale Unterbringungseinrichtung - ZUE** als Landeseinrichtung zur Aufnahme von 800 - 1000 Flüchtlingen auf Bergkamener Stadtgebiet zu betreiben.

Da der Aufbau und die Inbetriebnahme einer ZUE für einen längeren Nutzungszeitraum nicht zeitnah zu realisieren ist, stimmt der Rat der Stadt Bergkamen ebenfalls den Planungen des Landes NRW zu, kurzfristig auf Bergkamener Stadtgebiet eine temporäre Einrichtung in Leichtbauweise inkl. der notwendigen Infrastruktur zu errichten und zu betreiben. Der temporäre Betrieb wird voraussichtlich ein Jahr betragen.

Abstimmungsergebnis: Mit Stimmenmehrheit zugestimmt
Ja 36 Nein 5

Tagesordnungspunkt 2:**Allgemeine Genehmigung von Auftragsvergaben für Notgeschäfte im Bereich Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen****Vorlage: 11/0373**

Laut Mitteilung von Bürgermeister Schäfer ist der Beschluss herbeizuführen, damit aus späteren Prüfungen keine Rückforderungen entstehen können.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bergkamen ermächtigt die Verwaltung, unabhängig von den festgeschriebenen Wertgrenzen Aufträge zur adäquaten Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu erteilen. Die Verwaltung wird regelmäßig zu den regulären Sitzungsterminen des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates der Stadt Bergkamen über die Aufträge berichten, die zur adäquaten Unterbringung und Versorgung notwendig waren, aber die Wertgrenze überschritten haben.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Tagesordnungspunkt 3:**Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerin fragt an, ob VIVAWEST nach leerstehenden Wohnungen gefragt wurde und was mit Menschen passiert, die in Massenunterkünften untergebracht sind.

Bürgermeister Schäfer erklärt zunächst, dass von der Anmietung bis zur Nutzung einer Wohnung mindestens eine Woche vergeht.

Erster Beigeordneter Dr.-Ing. Peters ergänzt, dass die Verwaltung in ständigem Dialog mit den Wohnungsbaugesellschaften steht. Aufgrund der aktuellen kurzfristigen Zuweisungen sind die Anmietungen nicht mehr leistbar .

Beigeordnete Busch führt aus, dass nur in Absprache mit den Wohnungseigentümern angemietet werden kann. Zudem werden die Wohnungen so ausgesucht, dass die Menschen nach einem positiven Asylantrag dort auch wohnen bleiben können. Derzeit werden der Verwaltung allerdings Wohnungen angeboten, die nicht bewohnbar sind.

Einwohner Dieter Vogt möchte wissen, wie die Sportvereine informiert werden.

Bürgermeister Schäfer erwidert, dass durch den soeben gefassten Beschluss keine weiteren Turnhallen in Anspruch genommen werden. Die Vereine, die in der Turnhalle an der Lessingstraße untergebracht waren, sind umgehend informiert worden.

Ein Einwohner fragt nach, wieso die Bewohner einer ZUE nicht auf das Stadtgebiet verteilt werden.

Bürgermeister Schäfer erklärt, dass das Land dies nicht unterstützt, da ansonsten sich die Kosten vervielfältigen würden.

Einwohner Richard Bauer äußert seine Ängste vor einem anhaltenden Ansturm von Flüchtlingen und bittet Bürgermeister Schäfer darum, sich für eine Lösung einzusetzen.

Bürgermeister Schäfer teilt mit, dass sich der Städte- und Gemeindebund schon mit diesem Thema befasst.

Tagesordnungspunkt 4:

Anfragen und Mitteilungen

CDU-Stadtverordneter Pufke teilt in seiner Eigenschaft als Mitglied der Verbandsversammlung des RVR mit, dass auf Vorschlag der Verwaltung des RVR der Bau der L 821n in das Landesbauprogramm 2016 aufgenommen werden soll. Das Thema wird in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr aufgegriffen.

Roland Schäfer
Bürgermeister

Thomas Hartl
Schriftführer